

Der Rücktritt von Bundesrat Weber und seine Folgen

Autor(en): **P.S.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **32 (1953)**

Heft 11-12

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336742>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Rücktritt von Bundesrat Weber und seine Folgen

Am 6. Dezember haben die schweizerischen Stimmbürger die *Finanzvorlage* mit 353 962 Ja gegen 487 364 Nein und mit 22 gegen 3 Standesstimmen *verworfen*. Am Abend des Abstimmungstages hat Bundesrat Dr. *Max Weber* in einem Schreiben an den Präsidenten der sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung, Nationalrat Fritz Grütter, und an den Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Nationalrat Walther Bringolf, seinen Entschluß mitgeteilt, *aus dem Bundesrat zurückzutreten*. Er begründete diesen Schritt mit folgenden Worten:

«Nachdem es der vereinigten Opposition von Industrie, Gewerbe, Föderalisten und PdA mit den skrupellosesten Mitteln gelungen ist, die gut ausgewogene und als Werk der Verständigung zustandegekommene Bundesfinanzvorlage zu verwerfen, werde ich morgen dem Bundesrat meine Demission bekanntgeben.

Es wird angesichts des heutigen Resultates und des Kräfteverhältnisses in der Bundesversammlung nicht möglich sein, eine bessere, das heißt gerechtere Vorlage als die verworfene zustande zu bringen. Ein schlechteres, das heißt ungerechteres Projekt aber will ich weder vor den eidgenössischen Räten noch vor dem Volke vertreten. Ich betrachte es daher als die einzig richtige Schlußfolgerung, die Konsequenzen zu ziehen und von diesem Posten zurückzutreten.

Ich glaube, daß das auch für die Sozialdemokratische Partei die beste Lösung ist. Die Partei hat sich loyal an die Verständigung gehalten, obwohl sie keineswegs ideal erschien. Sie muß jetzt völlig freie Hand haben, gegen neue Vorlagen, die ihr unannehmbar erscheinen, die ihr gut scheinende Stellung zu beziehen. Zwar habe ich nie verlangt oder auch nur gewünscht, daß die Partei meinetwegen eine andere Haltung einnehme, als sie mit Rücksicht auf die Interessen des arbeitenden Volkes einnehmen mußte. Es könnten sich jedoch in Zukunft Schwierigkeiten ergeben, wenn ich als Vertreter des Bundesrates Anträge zu vertreten hätte, die für die Partei nicht annehmbar sind.»

Die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung billigte einstimmig diesen politischen Überlegungen entsprungenen Entschluß Bundes-

rat Dr. Max Webers und sprach ihm ihr volles Vertrauen und ihren Dank aus für seine hervorragende Arbeit, die er für Land und Volk geleistet hat.

Am 12. und 13. Dezember nahmen die verantwortlichen Instanzen der Partei, Geschäftsleitung, Politische Kommission und Parteivorstand Stellung zur innenpolitischen Situation, wie sie nach dem verwerfenden Volksentscheid und nach dem Rücktritt von Bundesrat Weber entstanden ist. Das Ergebnis dieser gründlichen Aussprache fand seinen Niederschlag in der nachstehenden *Erklärung des Parteivorstandes der SPS*.

Die innenpolitischen Geschehnisse der letzten Tage und Wochen haben vor aller Augen die schwere Krise enthüllt, in der sich die großen bürgerlichen Landesparteien befinden. Die Zersetzung und Aufspaltung in ihren Reihen ist offensichtlich, und die Vorkommnisse und Begleiterscheinungen rund um den 6. Dezember bilden eine eindruckliche Bestätigung dessen, was in unserem heutigen Heft der «Roten Revue» über den Standort der Freisinnigen und der Katholischkonservativen, aber auch des Landesrings ausgeführt wird. Im nächsten Januar-/Februarheft werden wir die Analyse der Politik der übrigen bürgerlichen Parteien fortsetzen und vom sozialdemokratischen Gesichtspunkt aus die große innenpolitische Bedeutung beleuchten, die dem 6. Dezember und den Entscheiden sowohl der Sozialdemokratischen Partei wie der bürgerlichen Regierungsparteien zukommt. P. S.

Verzicht der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz auf die Beteiligung am Bundesrat

Die Erklärung des Parteivorstandes der SPS

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz trat am 13. Dezember 1953 in Zürich unter dem Vorsitz des Parteipräsidenten, Nationalrat Walther Bringolf, und im Beisein von Bundesrat Dr. Max Weber zusammen. Er stimmte mit 62 Stimmen gegen eine Stimme folgender EntschlieÙung zu:

1. Der Parteivorstand bedauert die Verwerfung der Vorlage für die Ordnung der Bundesfinanzen vom 6. Dezember 1953. Die Vorlage war das Ergebnis einer Verständigung der im Bundesrat bisher vertretenen politischen Parteien. Obwohl sie nicht alle Forderungen, die wir Sozialdemokraten zu stellen hatten, erfüllte, fand sie unsere tatkräftige Unterstützung.

2. Der Parteivorstand macht für den verwerfenden Volksentscheid in erster Linie jene Kreise des Bürgertums aus Industrie, Finanz, Handel und Gewerbe verantwortlich, die aus nacktem Egoismus jeder gerechten Belastung der hohen Einkommen Widerstand leisten. Anonyme, von Handel und Indu-